Beschluss FDP Braunschweig

Zur aktuellen Diskussion um eine Wiedereinführung der Kita-Gebühren sowie der Gesamthaushaltslage in Braunschweig beschließt der FDP Kreisvorstand in seiner Sitzung am 01. Februar:

Die Freien Demokraten sprechen sich gegen den von der Verwaltung vorgelegten Vorschlag zur Wiedereinführung der Kita-Gebühren in Braunschweig aus. Zumindest in der vorliegenden Form widerspricht der Vorschlag dem familien- und bildungspolitischen Wert des beitragsfreien Kita-Besuchs in Braunschweig.

Viele Familien haben zu Recht auf finanzielle Planungssicherheit gebaut und werden nun von der Braunschweiger Stadtverwaltung mit einem der höchsten Beitragssätze unserer Region konfrontiert. Dass nun gerade mit dem Kita-Beitrag und damit auf dem Rücken der Braunschweiger Familien ein wesentlicher Teil des vorgelegten Maßnahmenpakets finanziert werden soll, ist unverhältnismäßig und falsch.

Trotzdem erkennen die Freien Demokraten den Investitionsbedarf in die weitere Qualitätssteigerung der Braunschweiger Kitas an. Wir wollen die beste Bildung der Welt für unsere Kinder und das so früh wie möglich. Diesem Anspruch folgend sind weitere Investitionen in Kitas notwendig, die bei der aktuell angespannten Haushaltslage tatsächlich nicht durch die Stadt aufzubringen sind.

Deswegen sind wir Freien Demokraten grundsätzlich zur Wiedereinführung eines Kita-Beitrages bereit, wenn dieser ausschließlich dem Zweck der Qualitätssteigerung dient sowie im gesunden Verhältnis zur Planbarkeit der Eltern und der Gebührenhöhe umliegender Gemeinden steht. Wir gehen dabei von sozialverträglich gestaffelten Beitragssätzen aus, die maximal bei der Hälfte der bisherigen Verwaltungsvorschläge liegen sollten.

Mit dieser Haltung wollen wir Freien Demokraten uns nicht der haushaltspolitischen Gesamtverantwortung entziehen. Gelingt es der Verwaltung nicht, geeignete alternative Einsparvorschläge zu präsentieren, sprechen wir uns für eine allgemeine Kürzung über alle Bereiche mit der so genannten „Rasenmäher-Methode“ aus.

Mit diesem Vorgehen werden die Lasten weitestgehend gleichmäßig verteilt anstatt nur bestimmte Projekte, Zielgruppen und Bereiche in die Pflicht zu nehmen. Dort wo unverhältnismäßige Härten oder Negativeffekte drohen, ist durch kluge Einzelfalllösungen gegenzusteuern.

In diesem Zusammenhang kritisieren die Freien Demokraten auch die geplante Aussetzung des Bürgerhaushalts. Gerade jetzt gilt es, mit den Bürgern in Dialog über mögliche Sparvorschläge zu gehen und deutlich zu machen, dass bestimmte Einsparungen zum Beispiel durch die beschriebene Rasenmäher-Methode nur vermieden werden können und erst Recht Mehrausgaben möglich sind, wenn an anderer Stelle gespart wird.